

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4506. — **Vollschickkonto** Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Flabvorschrift 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M. Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Ende des Kampfes in Italien.

Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit.

Berlin, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Basel: Aus Rom wird gemeldet: Messagero meldet, daß der Allgemeine Arbeiterbund der Arbeiterchaft die Welsung zugehen iteg, die besetzten Fabriken zu verlassen und die normale Arbeit wieder aufzunehmen. Der Arbeiterbund erklärt, daß diesen Anordnungen zweifellos Folge geleistet würde.

Der Sieg der italienischen Arbeiter.

Berlin, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Rom: Avanti schreibt: Die Lösung des Konfliktes sei nicht nur ein Sieg der Arbeiter, sondern auch ein Sieg Giolittis. Aber die Vereinbarung mache dem Streik nicht etwa ein Ende, sondern verschärfe ihn vielmehr noch. Binnen kurzem werde ein neuer Kampf ausbrechen und dieser werde das Ende des Kapitalismus bedeuten.

Millerands Programm.

Paris, 21. Sept. Die Wahl Millerands zum Präsidenten der Republik wird allgemein als sicher angesehen, und man beschäftigt sich bereits mit der Frage, wer der zukünftige Ministerpräsident werden wird. An erster Stelle wird Briand genannt. Nach einer Radiomeldung werde Millerand die Ministerpräsidentenschaft Poincaré anbieten, während Briand Minister des Aeußeren werden solle. — Ueber seine Stellung zur Präsidentschaftskandidatur hat Millerand folgendes erklärt: „In meiner Rede vom 7. November 1919 habe ich eine Definition der Politik des sozialen Fortschritts, der Ordnung und der Einigkeit gegeben, die sich nach außen hin durch die vollständige Anwendung des Versailles Friedensvertrages und die Verteidigung der Grundzüge, auf denen er beruht, im Einverständnis mit unsern Alliierten charakterisiert, nach innen durch die Aufrechterhaltung der organischen Gehehe der Republik, den Wiederaufbau und die Entwicklung aller unserer wirtschaftlichen Kräfte, die Dezentralisation und, wenn der richtige Moment gekommen ist, die Verbesserung unserer konstitutionellen Gehehe, die die Erfahrung als notwendig erwiesen hat. Diese Politik habe ich seit acht Monaten, unterstützt durch das Vertrauen des Parlaments, verteidigt, methodisch angewandt und weiter verfolgt. Ich denke, daß ich nirgends dieser Politik so nützliche Dienste leisten kann, als an der Spitze des Ministerrats. Wenn indessen die Mehrheit der beiden Kammern meine Anwesenheit im Einse vorzieht, um diese nationale Politik aufrechtzuerhalten, und weiter zu verfolgen, wenn sie, wie ich, der Ansicht ist, daß der Präsident der Republik, wenn er niemals der Mann einer Partei sein darf, der Mann einer Politik sein kann und muß, die in enger Zusammenarbeit mit seinen Ministern beschlossen und durchgeführt wird, dann werde ich mich dem Rufe der Nationalversammlung nicht entziehen.“

Der englische Bergarbeiterstreik unvermeidlich?

London, 21. September. Das Reutersche Bureau meldet: Der amtliche Bericht über die Besprechungen zwischen Regierung und Bergarbeitern besagt, daß Horne von neuem nachdrücklich an die Bergarbeiter appellierte, ein unparteiisches Schiedsgericht für ihre Lohnforderungen anzunehmen. Die Vertreter der Bergarbeiter blieben jedoch bei ihrer Weigerung. Wenn den Lohnforderungen nicht stattgegeben würde, sei es für sie unmöglich, bei der morgigen Konferenz der Bergarbeiterdelegierten die Fortsetzung der Arbeit anzupfehlen.

Nach einer Londoner Meldung des Pariser Journals nahm Smillie in seiner Antwort keine drohende Haltung an und gab die Erklärung ab, daß der Streik unvermeidlich sei. Die letzte Hoffnung liegt man jetzt auf eine Vermittlung, die der Arbeiterbund einleiten könnte.

London, 21. September. (Reuter.) Smillie teilte auf der nationalen Konferenz der Bergarbeiter in London mit, der Polizauschuh sei zu dem Schluß gelangt, daß sich bei den Verhandlungen mit der Regierung nichts ergeben habe, was zu einer Verhinderung des für den 25. September angeetzten Streiks berechtigt.

Sozialistische Erfolge bei den dänischen Reichstagswahlen.

Kopenhagen, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Die Sozialdemokraten haben bei den Reichstagswahlen am Montag in Stadt und Land an Stimmen außerordentlich gewonnen. Die Bolschewiken (Linksozialisten) können nur ganz kleine Stimmziffern aufweisen. Die Rechtsparteien sind in ihrer Stimmzahl sehr zurückgegangen. Die Regierungsparteien werden im neuen Reichstag nur über eine Mehrheit von zwei bis drei Mandaten verfügen können.

Proteststreik gegen den Kartoffelwucher.

Ul. Friedberg (Hessen), 22. September. Der Betriebsrat der staatlichen Braunkohlengrube Ludwig Hoffnung und des damit zusammenhängenden staatlichen Kraftwerks Wolfersheim hat den Beschluß gefaßt, das Kraftwerk außer Betrieb zu setzen. Seit gestern mittag 1 Uhr ist die Stromlieferung eingestellt worden. Ganz Oberhessen ist ohne elektrische Kraft. Diese Maßnahme ist ein Protest der Arbeiterschaft gegen die von den Landwirten geforderten hohen Kartoffelpreise. Der Streik soll solange dauern, bis die Landwirte die Kartoffeln zu einem billigeren Preise liefern, als er jetzt gefordert wird.

Demonstration der Berliner Kommunisten.

Berlin, 21. September. (L.-U.) Heute vormittag veranstalteten die Berliner Kommunisten im Lustgarten eine Massenversammlung. Sie demonstrierten u. a. für die sofortige Freilassung der politischen Inhaftierten der Linksparteien und deren Amnestie, Aufhebung aller Kriegsgerichte, Auflösung der Orgehe und anderer gegenrevolutionärer Formationen, freie Einreise für die russischen Gewerkschaftsdelegierten, Festnahme der konterrevolutionären Verschwörer gegen Sowjetrußland und deren Auslieferung an die russischen Genossen.

Berlin, 22. September. (M.B.) Im Anschluß an die Demonstrationen der Kommunisten und Arbeitslosen im Lustgarten drangen gestern nachmittag etwa 250 Arbeits- und Obdachlose in das Hof für Obdachlose ein. Herbeigerufenen Sicherheitsbeamten gelang es, die Aufrührer zu vertreiben und mehrere Rädelsführer festzunehmen.

Besitzergreifung Togos durch Frankreich.

Berlin, 21. September. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Das Berliner Tageblatt meldet aus Genf: Wie das französische Kolonialministerium mitteilt, werden die Vorbereitungen für die Besitzergreifung Togos am 30. September durchgeführt sein. Am 4. Oktober wird der französische Gouverneur in Lome feierlich einziehen. Die belgischen Behörden, die die deutsche Kolonie bis jetzt verwaltet haben, werden an diesen Tage abreisen. In einer ganzen Reihe von Dekreten werden die finanzielle und die gerichtliche Verwaltung geregelt. Im französischen Budget 1921 sind bereits Kräfte für gewisse Bauten in Togo vorgesehen, so für die Wiederherstellung der Eisenbahn u. a. m. Vom Völkerbund, dem die früheren deutschen Kolonien gehören sollen, wird in diesen Dekreten jedoch nicht gesprochen.

Taffe über Rußlands Außenpolitik.

Taffe hat sich dem Korrespondenten des United Telegraph gegenüber über die Lage Rußlands ausgesprochen. Er bedauert besonders den Mangel an Verkehrsmitteln, aber auch dieser Zustand habe sich etwas gebessert. Rußland sei nicht nur bereit, sondern auch in der Lage, anderen Ländern Getreide zu liefern, aber nur, wenn die Staaten zu Gegenlieferungen bereit seien. Von Deutschland z. B. kämen Maschinen und Eisenbahnmateriale in Betracht. Auf die Frage, wie Rußland sich seinen Nachbarn und den Großmächten gegenüber stellt, sagte Taffe, Rußland habe bereits mit Lettland und Litauen Frieden geschlossen und sei bereit, dies auch mit Polen zu tun. Die Lage bezüglich Deutschlands sei unklar. Rußland sei dort zwar wirtschaftlich, aber nicht diplomatisch vertreten und leit der Annullierung des Brest-Litowsker Vertrages bestehe kein Abkommen zwischen den beiden Ländern. Die Beziehungen zwischen Rußland und der Ukraine seien vertragsmäßig geregelt worden. Alle inneren Angelegenheiten regelt die Ukraine selbst, nur in der auswärtigen Politik arbeiten die beiden Länder zusammen. Rußland sei bereit, mit jedem Staat Frieden zu schließen, wenn Rußland selbst im Frieden leben könne. Rußland bereite keine bolschewistische Propaganda in den Ländern, mit denen es Frieden schließe, vor.

Zwangsanleihe?

B. A. Bereits vor mehreren Monaten, als die bekannte Sitzung im Reichswirtschaftsministerium über die Stabilisierung der Baluta und die Fragen der Produktionspolitik stattfand, habe ich an dieser Stelle darauf hingewiesen, wie wenig Berechtigung für die Ansicht vorhanden sei, daß die vorübergehende bedeutende Steigerung des internationalen Zahlungswertes der deutschen Reichsmark sich fortsetzen oder auch nur von Dauer sein werde. Inzwischen ist hier wiederholt warnend auf die Folgen der gegenwärtigen Finanzwirtschaft hingewiesen worden, und an der Hand eindeutiger Zahlen konnte dargelegt werden, daß bei einer derart wachsenden Verschuldung der öffentlich-rechtlichen Körperschaften und der ununterbrochenen Inanspruchnahme der Notenpresse zur Deckung der öffentlichen Bedürfnisse mit einer bedeutenden Senkung des internationalen wie des inländischen Wertes unseres Geldes unbedingt gerechnet werden müsse.

Inzwischen sind an den verschiedenen deutschen und fremden Börsen tatsächlich Veränderungen in der Bewertung der Mark eingetreten, die nicht ohne Einfluß auf unser Wirtschaftsleben und die Lebenshaltung des Volkes bleiben können. Während im Mai/Juni 1920 eine durchschnittliche Verringerung der internationalen Geltung der Reichsmark auf den achten bis zehnten Teil ihres Kennwertes zu verzeichnen war, ist im Laufe der letzten Wochen ein Sturz bis auf den 15. Teil eingetreten. An den deutschen Börsen war der Dollar vorübergehend bis auf 33 Mark gestiegen, eine Reihe von Wochen pendelte der Preis zwischen 37 und 40 Mark, zur Zeit haben wir wieder Notierungen in der Höhe von 68—82 Mark, und die Entwicklung der kommenden Wochen ist nicht annähernd abzuschätzen.

In der gesamten Presse beschäftigt man sich in mehr oder minder eingehenden Untersuchungen mit den unmittelbaren Ursachen der gegenwärtigen Balutaverfälschterung, und es sind in der Hauptsache politische und spekulative Einflüsse, denen man die Schuld daran zuschreibt. Bei dem Umfang der im Ausland untergebrachten Summen deutschen Geldes und deutscher kurzfristiger Schuldschreibungen ist ohne weiteres damit zu rechnen, daß es in der Hand der Großfinanz liegt, bedeutsame Einwirkungen auf den Kursstand der Devisen Berlin auszuüben. In dem hier veröffentlichten Aufsatz „Stabilisierung der Baluta“ habe ich darauf hingewiesen, daß die New Yorker Finanzmagnaten über Milliarden deutscher Werte verfügen und daß sie je nach den Interessen, von denen ihre Finanzpolitik gerade bestimmt wird, durch Käufe oder Verkäufe zur Herbeiführung einer Balutabesserung oder -verschlechterung in der Lage sind. Tatsächlich ist New York zurzeit als Verkäufer von deutscher Mark aufgetreten und die augenblickliche Balise hat gewiß einen scharfen Anstoß durch diese amerikanischen Angebote erhalten. Es ist selbstverständlich, daß die anderen ausländischen Börsen dem Kursdruck gefolgt sind und daß auch die deutsche Balutapekulation dadurch neue Antriebe empfangen hat. Es ist zudem wieder deutlich zu bemerken, daß in weiten Kreisen angeichts der täglichen Erhöhungen der Devisenpreise Deckungskäufe der verschiedensten Art vorgenommen worden sind und vorgenommen werden, und es ist nicht zu bezweifeln, daß diese starke Nachfrage ebenfalls einen erheblichen Einfluß ausübt. Die Bestände der Reichsbank aber können nicht ausgleichend wirken, weil die Engagements der verschiedenen Reichsorganisationen in der nächsten Zukunft aus diesen angesammelten Reserven erfüllt werden sollen, und es ist kein Geheimnis, daß es sich dabei um außerordentlich hohe Beträge handelt.

Unabhängig von allen spekulativen Momenten, deren Bedeutung angeichts der Zerrüttung der Währungsverhältnisse gewiß nicht unterschätzt werden darf, sind es doch vor allem objektiv zu wertende Zustände unserer Finanz- und Währungspolitik, auf die letzten Endes die Entwertung der Reichsmark zurückzuführen werden muß. Die Unmöglichkeit, aus den Steuereinnahmen des Reiches, der Länder und Kommunen auch nur einen größeren Teil der Ausgaben zu bestreiten, führt zu einer katastrophalen Schuldenmacherei. Die Schulden werden aber nicht aus den im Lande vorhandenen Werten durch Anleihen usw. aufgebracht, sondern es ist nur möglich, einen Bruchteil durch die Abgabe von Reichsschatz anweisungen zu finanzieren, während ein sehr bedeutender Betrag mit Hilfe der Reichsbank resp. der Notenpresse herbeigeschafft werden muß. Die Bedeutung der dadurch in wachsendem Umfange bewirkten Inflation ist weiteren Kreisen inzwischen klar geworden, und je mehr Dämme durch Aufhebung der Zwangswirtschaft und die Möglichkeit freier Preisbildung durchstoßen werden, desto mehr muß die aufblühende Wirkung der ununterbrochenen Geldproduktion in Erscheinung treten.